

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

23.11.1873 (No. 273)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 273.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1/2 R. 24 Kr., durch die Post bezogen
1 R. 48 Kr. vierteljährlich.

Sonntag, 23. November

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile ober deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Bestellungen auf den Badischen Beobachter für den Monat December werden von allen Postanstalten und Postboten entgegengenommen.

* Aus der französischen Nationalversammlung,

und zwar aus den entscheidenden Sitzungen vom 18. und 19. d. theilen wir nach der Köln. Btg. folgende interessante Details mit, die besonders geeignet sind, den Standpunkt der Parteien scharf zu veranschaulichen.

Jules Simon staunt über das ungewöhnliche Einschreiten des Chefs der Exekutivgewalt einer Versammlung gegenüber, die sich beständig, und dies sei ihre Ehre, die Rechte und Prerogative des Parlaments zu wahren verstanden habe. Und diese nämliche Versammlung solle sich heute auf Gnade und Ungnade ergeben und in die Hände desjenigen abgeben, der nur ihr Delegirter sein könne? Sie, die allein gehört sein wolle, werde in Zukunft gezwungen sein, zu gehorchen. Dies sei in Wahrheit die persönliche Regierung. (Widerspruch rechts.) Man läugne nicht. Ich bin es nicht, welcher dardruth, was ich sage. Es ist der Präsident der Republik selbst, der sich mit der Beweisführung betraut. Es ist das Gesetz der Dreißiger-Commission, das die Versammlung beschützen wird, wenn sie den Ansprüchen des Präsidenten gegenübergestellt sein wird. Daraus folgt, daß die persönliche Regierung durch den persönlichen Einfluß des Staatsoberhauptes auf die Nationalversammlung erschwert sein wird. Redner ist erstaunt über das Verfahren, kraft dessen man vorschlägt, mit dem Ende zu beginnen. Wenn man so vorgeht, so denkt man an den Mann, und nicht an das Gesetz. Man sagt, wir seien krank, und das vorgeschlagene Mittel ist die Person des Präsidenten selbst. Redner erörtert hierauf im Vorübergehen das fusionistische Unternehmen; er ist erstaunt, daß eine Versöhnung zwischen zwei Familien, die keine Uebereinstimmung in den Principien zeigten, den Anschein hatte, einen Einfluß auf die Geschichte eines großen Landes auszuüben, das während mehrerer Monate dahin gebracht war, an der Thür eines Prinzen zu horchen, um zu erfahren, was aus ihm werden solle. So hätte Frankreich beinahe einen König bekommen, und am nächsten Tage würde es erfahren haben, daß der Abgesandte sich zum wenigsten getäuscht habe und daß Frankreich getäuscht worden sei. (Beifall links.) Und als dieses Unternehmen scheiterte, verfolgten die Urheber desselben die Idee, daß man Frankreich um jeden Preis in die Arme eines Marnes bringe, und sie schlagen vor, daß man vor der Verfassung einen Präsidenten mache. (Rechts: Und der 4. September?) Ich erwarte mit größter Ungeduld als Sie Alle den Augenblick, um ihn zu rechtfertigen, denn er wurde unwürdig verleumdet. In diesem Augenblicke handelt es sich aber nicht darum, sondern um den Antrag des Generals Changarnier, und ich spreche von diesem Antrage. Sie werden nicht allein eine persönliche, sondern auch eine provisorische Regierung gründen. Da der Vice-Präsident des Ministerrathes erklärt, daß die constitutionellen Gesetze nur für eine zeitweilige Regierung gemacht werden, so werden Sie das Haus nicht aufbauen. Der Vice-Präsident hat selbst erklärt, daß die Verlängerung der Gewalten die Hoffnungen nicht beseitige. Das Land will das Provisorium nicht mehr; man erwartet Endgültiges, es will nicht noch mehr in die Unruhe versetzt werden, wie dies seit drei Monaten der Fall war; es will auch kein Provisorium von fünf Jahren. Man sagt, wir sind unfähig, eine endgültige Regierung zu gründen, die Versammlung vielleicht, das Land aber nicht. (Sehr gut! links.) Das Land kann eine Regierung gründen, aber Sie haben diese Machtlosigkeit erklärt, indem Sie das Land zu fünf, zu zehn, zu sieben Jahren verurtheilten. Es ist durch das Staatsoberhaupt festgestellt worden, daß Sie nicht dem dringlichsten Bedürfnis der Nation

abhelfen können. (Wiederholter Beifall links.) Zwei Regierungen waren möglich: die Monarchie ist zusammengefallen; es bleibt also die Republik übrig. (Rechts: Welche? — Links: Die des Landes. — Rechts: Schlagen Sie dieselbe vor.) Sie lesen also nicht die Documente, welche an die Versammlung vertheilt werden. Ich habe sie vorgeschlagen. Ich habe das Provisorium und den Pact von Bordeaux nach dem Kriege begriffen. Sie haben erklärt, daß Sie constituiren können. Constituiren Sie! Es ist Ihnen mit der Monarchie nicht gelungen. Constituiren Sie alsdann die Republik. Wenn Sie nichts constituiren können, so frage ich, was Sie thun? Sie bleiben hier, um eine Aufgabe zu erfüllen, die Sie angegeben haben oder die vielmehr einer der Ihrigen angegeben hat. Sie bleiben hier, um das in sieben Jahren zu vollbringen, was Sie in drei Monaten nicht fertig brachten! (Dahirel [äußerste Rechte]: Dies ist wahr!) Ja, Sie bleiben hier, um in sieben Jahren das zu vollbringen, was Sie in drei Monaten nicht machen konnten. Man sagt, Frankreich sei krank; es soll den Marschall sieben Jahre zum Arzt haben. Frankreich muß sofort geheilt werden. Es kann keine drei Jahre warten! Als ich in der Regierung war, sah ich, wie Frankreich sich schneller erhob, als man es je geglaubt hatte. Man gehorchte der Regierung, Frankreich stand im Auslande geachtet da. Und wem verdanken wir dies? Dem berühmten Staatsmanne, den Sie so eilig bei Seite schoben. (Beifall links.) Sie sprechen von einem Heilmittel, aber das Heilmittel ist null und nichtig. Die Dauer ist keine Kraft. Am 18. Brumaire verlangte man bereits zehn Jahre. Aber es waren nicht die zehn Jahre, welche die Kraft ausmachten, sondern der Mann. Er war zugleich ein großer Feldherr und ein großer Organisator. Nein, die Dauer ist nicht die Kraft! Die Kraft liegt im Manne, sie ruht aber auch im Princip. Deshalb würde auch der König, den Sie mit einigen Stimmen Majorität ernannt hätten, stärker gewesen sein, als die wenigen Stimmen Majorität, denn er würde der König mit seinem Princip gewesen sein. (Sehr gut! auf einigen Bänken der Rechten.) Der constitutionelle König würde seinerseits die Charte von 1830 gehabt haben. Wenn ich mir aber den Vorschlag Changarnier's ansehe, so finde ich nur die Dauer. Sie haben nicht den Mann des 18. Brumaire; Sie haben auch kein Princip! Und nehmen Sie sich in Acht, wenn Sie nur wenige Stimmen Majorität haben. Wenn Sie nur zehn Stimmen haben, so könnte das Land sagen: der Marschall hat zehn Stimmen gefürchtet und deshalb die Ersatzwahlen in der Provinz nicht vornehmen lassen. Der Marschall hat weder die Kraft des 18. Brumaire, noch die des Princip's, welches der "Roi" haben würde. Der Marschall wird nur die Majorität der Stimmen haben, die Sie ihm geben. Der Marschall, das erkennen Sie an, wenigstens einige von Ihnen, wird nur Ihre Majorität haben, eine Majorität von zehn Stimmen. Mit einem Wort, Sie haben eine Revanche haben wollen. Sie nehmen sie auf Unkosten des Landes, auf Unkosten der Sicherheit, auf Unkosten der Geschäfte, auf Unkosten der Freiheit! (Vielfacher Beifallsturm auf der Linken. Jules Simon wird von der ganzen Linken umringt; Thiers schüttelt ihm die Hände und Langlois umarmt Simon. Die Sitzung bleibt beinahe 10 Minuten unterbrochen.)

Chesnelong, welcher während der Rede Jules Simon's das Wort verlangt (er war einer der Boten, welche die Rechte nach Frohsdorf sandte), bestieg nun die Tribüne. Ich habe die Mission, welche ich die Ehre hatte, beim Grafen von Chambord zu erfüllen, weder aufgesucht noch gewünscht. Ich wußte, daß, als ich mich für dieselbe aufopfert, ich den Beschimpfungen ausgesetzt sein würde. Ich überbrachte dem Prinzen den aufrichtigen Ausdruck meiner Kollegen; ich mußte meinen Kollegen sagen, welche Absichten der Prinz habe. Ich war zu dem, was ich sagte, ermächtigt, und der Prinz wird in seiner hohen Weisheit nicht das verläugnen, was ich an die Commission Changarnier mittheilte. Vor

meinem Gewissen, vor Gott und den Menschen erkläre ich, daß diese Version der Wahrheit vollständig gemäß war! Was wir gethan? wir wollten die Monarchie mit der regelmäßigen Entwicklung der öffentlichen Freiheiten. Wir glaubten, daß wir eine heilsame und liberale Regierung haben würden. Wir wollten unsere Wahl nicht durch List und Gewalt in Ausführung bringen. Als ehrliche Leute wollten wir ein ehrliches Werk auf ehrliche Weise zu Stande bringen. Wir glauben auch noch, daß die Monarchie die natürliche und Frankreich nothwendige Regierung ist! (Beifall rechts.)

Ernoul, Justiz-Minister und Legitimist: Ich glaube nicht, daß die Rede von Jules Simon ohne Antwort bleiben kann. Zuerst erkläre ich, daß ich es mir während meines ganzen Lebens zur Ehre anrechnen werde, Minister des Marschalls Mac Mahon, einer der größten und letzten conservativen Stützen, gewesen zu sein. Wenn der Marschall nicht der berühmte Mann des 18. Brumaire ist, wenn er nicht die Autorität des Princip's des Hauses Bourbon besitzt, hat er denn nicht für sich die Berühmtheit seiner kriegerischen Tapferkeit, und mehr noch seiner Uneigennützigkeit? Und man klagt den Marschall an, sich in unjerer Mitte eine persönliche Regierung zurechtzuschneiden zu wollen! Nein! Wir haben keine persönliche Regierung gewollt. Wir haben das Land auf ehrliche Weise verwaltet. Wir haben uns nicht desselben durch Ueberraschung bemächtigt. (Beifall rechts.) Wir haben das Land hinter dem Marschall (Hohngelächter links) verwaltet. Wissen Sie nicht, daß das Land nach Sicherheit dürstet? Sie waren zu machtlos, um die Republik zu gründen. Wir wollen die Ruhe sichern, ohne welche die Völker keinen glücklichen Tag haben. Sie reden von der Republik! Von welcher? Sie sind zu machtlos, um sie zu gründen. (Stimme links: Erlassen Sie einen Ausruf an das Volk.) Es sind die Republikaner, welche von der Berufung an das Volk sprechen, welche zu den Mitteln des letzten Verfalls ihre Zuflucht nehmen wollen. Wir wollen dem Lande die Sicherheit, und dieser Sicherheit eine vernünftige Dauer geben. Auf diese Weise können wir Frankreich retten.

Turquet (Linke) besteigt die Tribüne. (Zahlreiche Stimmen: Morgen! Morgen!) Ich habe dem Herrn Siegelbewahrer nur ein Wort zu antworten. Er sagt, daß die Republikaner, welche die Berufung an das Volk verlangten, Republikaner des Verfalls seien. (Widerspruch.) Dies ist zum wenigsten der Sinn. Er warf auch den Republikanern vor, sich eines der Mittel des Verfalls zu bedienen. Was wollen wir? Wir wollen endlich aus dem Provisorium heraustreten, welches uns tödtet, uns, die Repräsentanten der Industrie und der Geschäfte. (Verschiedene Stimmen: Des Landes, des Landes! Schluß der Debatte!)

Der Schluß der Debatte wird ausgesprochen.
Versailles, 19. November.

Die heutige Sitzung begann um 1 Uhr 25 Min. Die Zuschauer sind eben so zahlreich als gestern. Die Maßregeln, welche Dage ergriffen, sind strenger wie gestern. Die Sitzung wurde erst spät eröffnet, da die nothwendige Anzahl Mitglieder sich nicht früher eingefunden hatte.

Réné Goblet: Wir wissen heute, was die öffentliche Meinung will. Wir wissen es durch die Wahlen vom letzten Sonntag. (Lärm rechts.) Wir wissen es durch die Kundgebungen des Landes, deren beredtester Dolmetscher Herr Jules Simon war. Die Lage ist also klar, und ich ziehe mein Amendement zurück, welches verlangt, daß vor der Organisation der Staatsgewalten die Ersatzwahlen stattfinden. (Bravo! links.)

Die Versammlung beschließt, daß sie zur Discussion der Artikel übergehe, und Rouher erhält das Wort, um das Amendement für die Berufung an das Volk zu empfehlen, wobei er erklärt, daß er weder der Feind des Marschalls, den er seit 20 Jahren kenne, noch der des Cabinets sei, das eine schwere Aufgabe habe, noch der der Majorität, mit der er sich oft auf dem nämlichen Terrain befinde;

aber er habe das Recht, zu prüfen, ob die Verlängerung der Gewalten eine practische und nutzbringende Lösung sei. Sie haben sich zu verschiedenen Malen die constituirende Gewalt vorbehalten; ich frage Sie: Ist die constituirende Gewalt mit dem bevorstehenden Botum abgeschlossen oder behalten Sie sich dieselbe auch für die Zukunft vor? Sie, meine Herren von der Rechten, haben aber durch Ihre gestrigen Unterbrechungen bewiesen, daß Sie die Gründung der Monarchie nicht aufgegeben haben. Wenn Sie auf diese Weise Ihre Gewalt zurückhalten wollen, was wird dann aus der Unabsehbarkeit, die Sie heute verleihen wollen? Sie verschwindet und Ihre siebenjährige Verlängerung ist ein leeres Wort. (Bravo! links.) Entweder sind Sie Constituirende und Sie erschöpfen für immer Ihr Recht, oder Sie halten Ihre constituirenden Gewalten zurück, und dann ist das, was Sie thun, nichtsagend und Sie stürzen Ihr Land in neue Unruhen. Die provisorische Gewalt, wie Sie dieselbe constituiren wollen, wird der Gnade der endgültigen Regierung Preis gegeben sein, sobald dieselbe eine hinreichende Majorität um sich herum gruppiert haben wird. Meine Sorge ist nicht, daß der Marschall zu viel regiert, sondern die, daß er zu wenig regiert. Die Dictatur ist nicht zu befürchten. Redner weist hier auf die Nothwendigkeit hin, die starke und dauerhafte Regierung zu unterstützen. Er spricht wie während des Kaiserreichs, unter welchem er bekanntlich einer der eifrigsten Verteidiger des persönlichen Regiments war, und spendet diesem System Lobsprüche. (De Franchieu [äußerste Rechte]: Ihre Regierung war keine starke und dauerhafte. Sie hat uns zu Grunde gerichtet.) Sie werden der Verlängerung die Prüfung der constitutionellen Gesetze folgen lassen. Ich erwarte dieselbe nicht mit Ungeduld, denn sie werden die Verwirrung in den Geistern vermehren und die Machtlosigkeit der Kammer bekräftigen. Wenn es sich darum handelt, sie zu votiren, so wird die Rechte zurückweichen, denn sie würde die Consecration der Republik in sich schließen, und die Rechte will diese nicht. Sie werden dahin gelangen, daß die Proposition Changarnier, die fortwährend beschritten wird, die Grundlage der republikanischen Institutionen werden wird, und es werden die Monarchisten sein, welche gegen ihren Willen die Republik gegründet haben. Das ist meine einzige Sorge. Ich frage nicht, ob der Changarnier'sche Antrag eine Revanche oder eine Hoffnung ist, ob die Gewalt Anderen angeboten wurde, ehe man an den Marschall dachte; sondern ich frage, was das Land von einem siebenjährigen Provisorium haben wird, das nach dem Willen der Nation verkürzt werden könnte. Die Todten schreiben den Lebenden keine Gesetze vor. Wenn Sie in ihrem politischen Grabe sind, so werden Ihre Nachfolger Ihr Werk nicht achten. Glauben Sie, daß ich ein Feind der Verlängerung bin? Nein! Wenn Sie eine so beschränkte Verlängerung decretiren, daß wir thun können, was wir wollen. (Gelächter rechts. Rufe: Bis zur Majorität des kaiserlichen Prinzen!) Wenn Sie eine Regierung wünschen, welche die Autorität in Frankreich wieder herstellt, die aber, wenn sie ihr Programm erfüllt hat, vor den allgemeinen Wahlen oder der Berufung an das Volk verschwindet, so sind wir mit Ihnen, wenn Sie ein, zwei oder drei Jahre wollen. (Depeyre: 18 und 3 machen 21!) Wenn ich den Hintergedanken hätte, auf welchen der Unterbrecher anspielt, so wäre ich ein unehrlicher Mann; ich habe nur das Wohl des Landes im Auge. (Lang anklingendesarren rechts.) Ich habe meine Collegen gefragt, ob sie, wenn sie die Verlängerung votiren, ihre constituirende Gewalt zurückhalten wollen. (Rechts: Nein! Nein!) Ich habe keinen dynastischen Hintergedanken. Was wollen Sie? Sagen Sie es dem Lande, welches die Ruhe, die Sicherheit der Zukunft will. Können Sie dieselbe geben? (Rechts: Und Sie? . . . Gavini [Bonapartist]: Ja!) Seien Sie doch höflich, meine Herren von der Rechten. Meiner Ansicht nach ist das einzige Mittel, dem Lande die Ruhe zu geben, die Berufung an das Volk. Der Siegelbewahrer erklärte gestern, daß dieselbe ein Werkzeug des Verfalls sei. Er hätte, ehe er dieses Wort sagte, einen seiner Collegen (Wagne) benachrichtigen müssen, welcher für das Plebisit war und der einer der ausgezeichnetsten seiner Collegen ist. Die Berufung an das Volk ist das Recht. (Lärm rechts.) (Franchieu [äußerste Rechte]: Sie führt uns zum Krieg.) Das Plebisit war im Gegentheil der Grund, weshalb man den Krieg nicht führen mußte. Redner spricht hierauf über die National-Souveränität, ohne welche man nur Gebrechliches gründen könnte, und sucht das Plebisitar-Regime mit dem erblichen Regime zu versöhnen. (Dahirel [in die

Höhe springend]: Was haben Sie am 2. December aus der Freiheit gemacht? Eine Stimme links: Und Ihr? was wollt Ihr aus derselben machen?) Rouher erwidert nichts auf die Unterbrechung. (Eine Stimme rechts: Wir nehmen von dem Schweigen Rouher's Act.) Rouher: Was man auch über die Art und Weise, wie man die Plebisite unter dem Kaiserreich handhabte, sagen mag, das Recht steht über dem Gebrauch, den man von demselben macht. (Gelächter rechts.) Redner bespricht dann die Arbeiten der Versammlung, beweist, daß sie machtlos war, Tadglütiges zu machen, und daß heute ihre Pflicht sei, dem Lande zu sagen: Wähle! Sie fürchten, daß das Resultat revolutionär sei. Wahlen! Ich weiß, was der Wahlkampf ist. (Allgemeines Gelächter.) Herr Chesnelong und seine Collegen hätten den Grafen von Chambord nicht zurückführen können. Was ihre Hoffnungen anbelangt, so bleibt ihnen nur noch die Hoffnung und die Trauer. Vom 4. September will Rouher nicht sprechen: man könne denselben nicht verleumben, denn er stehe unter der Verleumdung! (Sturm links.) Herr Arago hat eine sehr starke Stimme, aber ich habe ihn nicht verstanden. Ich sagte Ihnen, daß es eine Lehre für die öffentliche Moral ist. (Furchtbarer Lärm links: Sie haben nicht das Recht, von öffentlicher Moral zu sprechen!) Ich erwarte mit Vertrauen das Urtheil des Landes. (Ungeheure Erregung.)

Laboulaye besteigt die Tribüne, aber alle Deputirten verlassen den Saal, der Präsident ebenfalls, und die Sitzung wird für 25 Minuten ausgesetzt, ohne daß der Präsident die Suspension ausgesprochen hat. Als dieselbe wieder aufgenommen wird, besteigt Raquet die Tribüne. Er spricht aber so undeutlich, daß man ihn, besonders wegen des großen Lärms, nicht verstehen kann. Nur vernimmt man so viel, daß er und seine Freunde ebenfalls für die Berufung an das Volk sind, aber nicht in der von Rouher gewollten Form. Eine Phrase der Rede, welche die Linke versteht, erregt aber großen Beifall bei der Rechten. Er meint nämlich, daß die "Republik das ewige Provisorium" sei.

Laboulaye erklärt, daß der Antrag der Majorität der Commission und der Betreffs der Berufung an das Volk nicht Hand in Hand gehen können. Die Berufung an das Volk sei aber auch annehmbar. Er will erklären, was dieselbe ist. Man stelle drei Urnen auf, die eine für das Kaiserreich, die andere für die Republik und die dritte für die Monarchie. Was werde aber, fügt Redner hinzu, der Wähler vor den Urnen thun? Nicht wissen, was er thun soll, wird er das einfachste Verfahren verlangen, dies, die Nationalversammlung zu befragen, aber eine neue zu ernennen, da die jetzige nichts thun könne. Wenn wir die Berufung an das Volk annehmen, so würde man von uns sagen: Sie haben das Kaiserreich gestürzt und Sie versuchen es durch die Berufung an das Volk wieder herzustellen. Laboulaye schließt damit, daß er die Versammlung auffordert, entweder seinen Antrag zu votiren oder sich aufzulösen. (Von allen Seiten: Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!)

Raoul Duval will nicht, daß man der Berufung an das Volk die Thür verriegelt. Zwei Parteien ständen sich gegenüber; wie soll man die Frage lösen? Durch eine Stimmen-Majorität. Welche moralische Autorität wird aber eine solche Regierung haben? Wenn es die Republik ist, so wird sie von keiner langen Dauer sein. Wenn man die sieben Jahre votirt, so ist es das Schwert des Damokles, das sieben Jahre über Ihren Häuptern schwebt. Ich ziehe vor, daß man die Republik votirt, als daß man in dem uns entwerfenden Provisorium bleibt. (Beifall links.) Wenn die Berufung an das Volk nur die Republik gilt, so werde ich den Kopf beugen, weil die National-Souveränität ihr letztes Wort gesprochen haben wird. Schließlich beschwört Redner die Versammlung, die Berufung an das Volk anzunehmen oder sich aufzulösen. [Die Abstimmung haben wir bereits mitgetheilt.]

Badischer Landtag.

• Karlsruhe, 21. Nov. Die Prüfung der Wahlen, welche anfänglich einen ruhigen Verlauf zu nehmen schienen, führte zuletzt noch zu heftigen Debatten. Den Anstoß gab zunächst die Wahl in Oberkirch. Abg. Funghans beantragte auf Grund von einem Wahlmanne mitgetheilte Vorkommnisse, diese Wahl zu beanstanden und Groß-Ministerium des Innern zu ersuchen, die Vorgänge während der Wahlhandlung durch Einvernahme der namhaft gemachten Zeugen feststellen zu lassen.

Die aus dem Wahlbezirke eingesendeten Mittheilungen sind folgende: Die Abgeordnetenwahl wurde zu Oberkirch im Rathhause abgehalten. In dem

Zimmer der Wahlcommission war den Wahlmännern keine Gelegenheit geboten, ihre Stimmen in die Wahlzettel einzutragen. Dieselben wurden zu diesem Zwecke in zwei Nebenzimmer verwiesen. In diesen Nebenzimmern wurden nun diejenigen Wahlmänner, welche zweifelhaft schienen, von liberaler Seite auf die stärkste Weise belästigt und bedrängt. Georg Hund, Wahlmann von Stadelhofen, insbesondere wurde im Nebenzimmer von Adertwirth Brandstetter, Johann Borsig, Papierfabrikant Köhler jun. in der Weise bearbeitet, daß sie ihn so lange an den Armen festhielten, bis er einwilligte, „Joos“ zu schreiben, resp. schreiben zu lassen. Ein em Undern wurde durch Joh. Borsig von Oberkirch, der Wahlmann ist, der mit Gottwald beschriebene Zettel aus den Händen gerissen und wahrscheinlich der mit „Joos“ beschriebene dem betr. Wahlmann wieder eingehändigt. Lindenwirth Graf, Wahlmann von Stadelhofen wurde von Rathschreiber Schrempf, der nicht Wahlmann ist, so lange in die Enge getrieben, bis er Folge leistete. K. Schindler von Erbach, Wahlmann, hat seinen Zettel mit dem Namen Gottwald's versehen und stand im Local und wartete, bis die Reihe des Abgebens an ihn kam. Wahlmann Müller Walz von Erbach verlangte von ihm Auskunft, wen er gewählt habe; da er ihm aber nicht traute, nahm Müller Walz ihm den Zettel sammt Couvert und gab ihm den seinigen. Hr. Bürgermeister Dreier, Wahlmann von Ibach, legte im Nebenzimmer seinen Zettel auf den Tisch um ihn zu beschreiben; Wahlmann Köhler von Oberkirch schrieb ihm gegen seinen Willen Aug. Joos hin; sodann strich Dreier diesen Namen aus und wurde nun mit einer Fluth von Beschimpfungen und ehrenkränkenden Worten überhäuft. Hr. Wahlmann Altbürgermeister Behrle von Renchen erlaubte sich sogar die Aeußerung: „Sie sind ein charakterloser Mensch, Sie sind nicht fähig, Bürgermeister zu sein; Sie gehören weggeschmissen.“ Die Beschimpfung wurde lange Zeit fortgesetzt; für alle diese Vorgänge sind Zeugen angegeben. Der Antragsteller führt aus, daß in diesen Vorkommnissen, wenn dieselben sich als wahr herausstellen, wenigstens eine Gefährdung der Wahlfreiheit und jedenfalls eine Verletzung derjenigen Formen enthalten sei, welche theils durch die Wahlordnung, theils durch die Wahlinstructionen zum Schutze der Wahlfreiheit angeführt sind.

Staatsminister Jolly und Abg. v. Freydorf bekämpfen den Antrag aus dem Gesichtspunkte, daß aus der Mitte der Wahlmänner selbst eine Beschwerde nicht ausgegangen sei. Abg. Bär spricht gleichfalls gegen den Antrag unter Berufung auf die Geschäftsordnung.

Vender: Der Staatsminister habe bereits den Irrthum berührt, in welchem sich der Abg. Bär bezüglich des § 7 der Geschäftsordnung befinde. Er könne sich darauf beziehen. Inzwischen aber habe der Hr. Staatsminister eine Theorie aufgestellt, gegen welche er kämpfen müsse, wornach der Mangel an Beschwerden aus der Mitte der Wahlmänner die Kammer abhalten könne, eine Wahl zu beanstanden. Wenn die Kammer auf irgend welchem Wege Kenntniß erhalte, daß bei einer Wahl Ungehörigkeiten vorgekommen, so habe sie das Recht und die Pflicht, solche in Erwägung zu ziehen, vor Allem aber die verfassungsmäßige Wahlfreiheit zu schützen. Die Absicht des Antrages sei, auf solche Verstöße die große Regierung aufmerksam zu machen, und er habe die Ueberzeugung, daß die große Regierung aus sich Veranlassung nehmen werde, über solche Vorkommnisse Erhebungen zu machen.

Referent Riefer theilte die principiellen Anschauungen Venders, wornach die Kammer auch ohne Beschwerde auf gewordene Mittheilungen von Versößen gegen die Wahlordnung die Beanstandung einer Wahl erheben könne, glaubte aber, daß der Minister hier nur den vorliegenden Fall im Auge gehabt, in welchem allerdings die Quellen der Beschwerden nicht völlig zuverlässig seien.

Die Wahl wurde bei der Abstimmung genehmigt. Bei Gelegenheit der Prüfung der Wahl im 4. Wahlbezirk Radolfszell-Constanz ergriff der Abg. Hans Jakob Gelegenheit, um ihm bekannt gewordene Ungehörigkeiten zur Kenntniß der Gr. Regierung zu bringen. Er führte aus, daß bei der Wahl der Wahlmänner in Bankholzen (A. Radolfszell) der Bürgermeister Bohner am Vorabend die Wähler durch den Polizeidiener in sein Haus habe vorladen lassen, wo ihnen die mit dem Namen des Bürgermeisters versehenen Wahlmänner übergeben worden seien. Am Wahltage selbst habe sich der Gendarmeriewachmeister vor dem Rathhause aufgestellt, habe den Ortspfarer aus dem Hof des Rathhauses zuerst auf die Straße und dann auch von dieser weggetrieben. Der Bürgermeister habe ferner bei der

Wahl einen Zettel eines kath. Wählers, weil er angeblich einen Dintensack gehabt, unter die Wahlurne gelegt und dem Wählenden auf wiederholtes Verlangen zum Umschreiben nicht wieder herausgegeben; ähnlich seien noch 7 Wahlzettel katholischer Wähler unter die Urne gewandert. Der Bürgermeister habe ferner einem Wähler 50 fl. mehr für eine Wiese versprochen, habe einem andern zu einem billigen Haus verholfen, einem dritten gar eine Frau aus seiner Familie verschaffen wollen u. s. w. Eine Hauptdrohung des Bürgermeisters sei gewesen, es müsse liberal gewählt werden, um vom Amtmann nicht gestraft zu werden; denn oft werde eine Gemeinde gestraft, weil der Bürgermeister nicht liberal sei. Redner will mit Anführung dieser Vorkommnisse nicht die Wahl beanstanden, sondern derartige Dinge nur zur Kenntniß der Gr. Regierung und in die Öffentlichkeit bringen.

Es knüpft sich hieran eine heftige Discussion, an der sich Staatsminister Jolly, die Abgg. Sachs, Schmidt, Fieser, Junghanns, Lender und Bluntschli beteiligten.

Der Abg. Sachs erzählt ähnliche Umtriebe von Seiten der Geistlichen und meint, die Sache hätte nicht hierher gehört. Schmidt spricht von Mißbrauch des Beichtstuhles und von verschiedenen Pfarrern, die Wahlumtriebe von der Kanzel aus gemacht hätten.

Hansjakob erwidert: Hier in der Kammer sei der Ort, wo derartige Dinge vorgebracht werden müßten, damit man wisse, wie es getrieben werde. Hier in der Kammer müßten die Ultramontanen die Wahrheit sagen, draußen sei es gefährlich, dies zu thun; denn man werde, wie er selbst ein Beispiel davon sei, eingesperrt. Die liberalen Bürgermeister hätten leicht Wahlumtriebe machen, die Pfarrer aber werden gleich vom Staatsanwalt verfolgt. Es sei heute zu Tage sehr schwer auf der Kanzel und in Volksversammlungen zu sprechen, denn jeder Lump gehe hin, denuncire und fände vor Gericht Glauben; den Gegenzeugen aber werde nicht geglaubt und der Angeklagte jeweils verurtheilt.

Redner fordert den Abg. Sachs auf, Namen zu nennen, Sachs kann es aber nicht. Auch aus dem Beichtstuhl, bemerkt Hansjakob weiter, sei sehr leicht gegen Geistliche zu lügen, da sie durch das Beichtstuhlgeheimnis geschützt seien.

Fieser entgegnet sehr erregt und verteidigt namentlich den Constanzger Gerichtshof, als ob die „Schwarzen“ dort verurtheilt würden, bringt den Proceß Hansjakob vor, spricht von den classischen Gegenzeugen und vom Eide Werber's.

Lender: Er bitte drei Bemerkungen machen zu dürfen: für's Erste befinde sich der Abg. Sachs im Irrthum, wenn er die Kompetenz der Kammer bloß auf die Prüfung der Abgeordnetenwahlen zu beschränken wolle. Die ganze Wahl vom Beginne der Einleitung der Wahlmännerwahlen gehöre vor das Forum des Hauses. Ebenso irre sich der Abg. Schmidt (Constanz), wenn er dafür halte, die Mitglieder der kath. Fraction und ihre Gesinnungsgenossen wollten bezüglich der Wahlagitacion sich als Lämmer geriren. Dem sei nicht so. Wie jede Partei, so halte sich auch die kath. Volkspartei wie berechtigt so verpflichtet, bei den Wahlen thätig zu sein, um so mehr, da die höchsten Fragen für Staat, Kirche, Gemeinde, Familie auf der Tagesordnung ständen. Wenn Ausschreitungen vorkämen, auf welcher Seite, so sei es zu bedauern. Inzwischen sei es kaum glaublich, daß ein Geistlicher mit der Cholera gedroht habe. Die Partei des Redners habe in Bezug auf die v. haupteten Excesse nicht so affirmativ gesprochen, wie es Seitens des Hrn. Sachs geschähe. Ganz besonders aber müsse er es bedauern, daß der Abg. Fieser in seiner Replik gegen Hansjakob betont, daß ein Mitglied des Gerichtshofes in Constanz, welches gleichwohl die Verweisung des Pfarrers von Hemmenhofen vor das Schwurgericht beschlossen, der politischen Gesinnung des Hrn. Hansjakob sei. Beim Richter dürfe keine politische Gesinnung influenziren und es sei zu beklagen, wenn solche Anschauungen über Unparteilichkeit der Richter in der Presse sich kundgäben; in diesem Hause dürften sie keinesfalls genährt werden.

Nachdem noch Bluntschli gegen Junghanns gesprochen, wird Schluß gerufen. Bluntschli meint, Hansjakob habe die Sache in's Haus gebracht, um das Herz zu leeren.

Hansjakob erhält noch des Wort zur persönlichen Bemerkung gegen Fieser und sagt: Der Abg. Fieser habe seinen (Hansjakob's) Proceß in die Discussion gezogen. Fieser werde noch Gelegenheit bekommen, sich nochmals über diesen Proceß auszusprechen und dann könne er seine „classischen Zeugen“

wieder vorführen und werde dann Hansjakob das Seinige sagen.

Hiermit wird die sehr erregte Debatte geschlossen und die Wahl Müllers und der folgenden Abgeordneten genehmigt.

Bei der Wahl Edelmanns, der dem Wahlcommissär eine Beglaubigung, daß er nicht unter §. 36 b der Wahlordnung falle, verweigert hatte, wurde auf Antrag der betr. Abtheilung und nach dem Bluntschli und Jolly es befürwortet, beschlossen, daß die Regierung die Wahlcommissäre in Kenntniß setze, in Zukunft diese Erhebungen zu erlassen.

Deutschland.

* Karlsruhe, 21. Nov. Die Thronrede macht ein großes Pensum für die Abgeordneten namhaft, dessen wesentlichster Theil sich auf dem Gebiete der materiellen Interessen bewegt, wie es sich jetzt für die in ihrer Bedeutung kleiner gewordenen Mittel- und Kleinstaaten geziemt. Im Großen und Ganzen macht daher auch die Thronrede einen nicht unerfreulichen Eindruck und wir hätten Ursache durchweg unsern Beifall kundzugeben, wenn nicht neue Maßnahmen auf kirchlichem Gebiete in Aussicht genommen wären, welche nur zu leicht dazu angethan sein können, den Kampf, der nach den Worten der Thronrede „nur wenig Nahrung“ im Lande gefunden, zu neuen Flammen anzufachen. Indessen ziemt es sich nicht hierüber zu urtheilen, ehe die Vorlagen im Einzelnen bekannt sind, welche die angeblichen „Lücken“ ergänzen sollen. In formeller Beziehung haben wir uns wenigstens gefreut, daß der betr. Passus sich kürzer und geschäftsmäßiger ausnimmt, als den heißblütigen Erwartungen mancher unserer Gegner entsprochen haben mag. Die einzelnen Vorlagen sind meistens schon früher in der Presse aufgezählt worden und wenn die finanzielle Lage bei der Prüfung der Volksvertreter der Darstellung der Thronrede im Ganzen wie im Einzelnen conform befunden wird, so darf sie allerdings als eine „erfreuliche“ bezeichnet werden. Daß das Steuerwesen verbessert werden soll, entspricht dem allgemein geäußerten Verlangen; der Wegfall der Liegenschaftsaccise wird von allen Seiten vollständige Zustimmung finden. Nun aber haben wir noch einen Punkt, der uns stark frappirt hat; es ist folgender Passus, der sich auf das Verhältniß Badens zum Reiche bezieht: „Die wohlbegründeten Interessen des Reichs und die berechtigten Sonderinteressen der einzelnen deutschen Staaten vermögen wohl neben einander zu gedeihen. Daher bemüht sich meine Regierung im Bundesrathe, eine den Bedürfnissen, dem Ansehen und der Erhaltung des Reichs entsprechende Gesetzgebung zu vertreten und gleichzeitig die Bedingungen der Selbstständigkeit eines auf verfassungsmäßiger Grundlage beruhenden gesunden inneren Staatslebens zu wahren.“ Darnach hat es also den Anschein, daß irgend Etwas vorhanden ist, das die „Selbstständigkeit“ des innern Lebens der Einzelstaaten stört oder bedroht, weil sonst die badische Regierung nicht nöthig hätte, sich Mühe zu geben, daß diese Selbstständigkeit gewahrt bleibe. Es wäre interessant, einen officiellen Commentar darüber zu hören.

* Freiburg, 20. Nov. Der hiesige Geschichtsprofessor v. Kern ist in Montreux am Genfersee, wohin er sich wegen Krankheit begeben hatte, gestorben.

Ausland.

Paris, 20. Nov. 12 U. Nachts. Das Cabinet demissionirte, wird sich aber zur Interpellation am Montag vollzählig einfinden. Bei der Neubildung des Ministeriums, die erst nach der Interpellation stattfinden wird, ist Broglie bedroht wegen seiner liberal-katholischen Färbung. Ernoul, Bouillier und Venüs werden sicher ersetzt werden. Der Präsidentengehalt ist auf 3 Millionen erhöht.

Paris, 20. Nov. Das „J. Offic.“ bringt an seiner Spitze folgende Note: „Nach dem Schluß der Sitzung begaben sich die Mitglieder des Bureau's in das Hotel des Marschall Mac Mahon. Der Präsident sagte dem Marschall, daß seine Collegen vom Bureau und er darauf Gewicht legten, ihm den Beschluß mitzutheilen, der ihm für 7 Jahre die Exekutivgewalt überträgt und ihm so das absolute Vertrauen bewies, welches die Assemblée in seine Hingebung an das Land hat, von der er schon so viele Beweise gegeben.“ Der Präsident der Republik erwiderte: „Ich bin sehr gerührt von den Gefühlen, welche Sie mir ausdrücken. Ich bitte Sie, der Nationalversammlung zu sagen, wie sehr ich für den hohen Beweis des Vertrauens, den sie mir gibt, dankbar bin.“

Paris, 21. Nov. Der „Moniteur“ meldet, daß Graf Chambord seit einer Woche in Frankreich verweile. Derselbe habe natürlich viele Anhänger empfangen, seine Reise trage aber keinen ausgesprochenen politischen Charakter; Graf Chambord habe in der letzten Krisis den Deputirten der Rechten volle Freiheit gelassen.

* Karlsruhe, 22. November. Zweite Kammer: Präsidentenwahl. Gewählt als Präsident Kirchner mit 47 Stimmen. (v. Buß 7, Lender 1, Bluntschli 1); zu Vicepräsidenten wurden gewählt Bluntschli (48) und Kiefer (44), weitere Stimmen erhielten Lender, Förderer je 7, v. Buß, Paravicini und Stöcker. Zu Secretären wurden gewählt: Morstadt (47), Müller v. R. (46), Dieß (45), Fieser (45). Weitere Stimmen erhielten Edelmann, Fug, Junghanns, Marbe u. A.

Freie Conferenz

am Mittwoch den 26. November d. J., Nachmittags 2 Uhr in Kirchhofen.

Mittwoch den 26. November.
Gesellige Zusammenkunft.
Bahnhof-Restoration Wiesloch.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne
Medicin und ohne Kosten.

Revalesciere Du Barry von London.

Allen Leidenden Gesundheit durch die vorzügliche Revalesciere du Barry, welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei nachfolgenden Krankheiten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserjucht, Fieber, Schwindel, Blutauffsteigen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 80,000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden:

Wien, 13. April 1872.
Certificat Nr. 73,670.
Es sind nunmehr 7 Monate, daß ich mich in trostlosem Zustande befand. Ich litt an Brustübel und Nervenleiden, so daß ich von Tag zu Tag zusehends schwand und demzufolge längere Zeit im Studiren gestört wurde. Ich hörte von Ihrer wunderbaren Revalesciere, machte davon Gebrauch und kann Sie versichern, daß ich durch den einmonatlichen Genuß Ihrer nahrhaften und delicatesen Revalesciere mich vollkommen gesund und gestärkt fühle, so daß ich, ohne im geringsten zu zittern, die Feder führen kann. Ich sehe mich veranlaßt, allen Leidenden dieses verhältnißmäßig sehr billige und schmackhafte Nahrungsmittel als beste Arznei anzupfehlen und verbleibe Ihr ergebener
Gabriel Teichner.

Förder der öffentl. höheren Handelsschule.
Certificat Nr. 73,968.
Mitrowitz, 30. April 1871.
Danke dem vortrefflichen Farina ist meine Schwester, die an nervöser Kopfkrankheit und Schlaflosigkeit litt, nach dem Verbrauch von 3 Pfund am Wege der Besserung. Zugleich erlaube ich mir, Sie höflich zu bitten, mir gegen Postnachnahme 1 Pfund Revalesciere gewöhnlicher Sorte nebst Gebrauchsanweisung des Farina bei Kindern von 8 Wochen zukommen zu lassen. Mit aller Achtung
Nicolaus G. Kofits.

Certificat Nr. 73,704.
Prilep, Post Solleschau in
Mähren, 7. April 1871.
Indem mir schon die von Ihnen längst bezogene Revalesciere du Barry ausging und für meine Magen- und Nervenleiden ein gutes und wirksames Mittel ist, so erlaube ich Sie höflich, mir noch von der echten Revalesciere zwei Pfund gegen Nachnahme so bald als möglich zu übersenden. Achtungsvoll ergebener
Joseph Rohacsek, Förder.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in andern Mitteln und Speisen.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfd. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalesciere Biscuiten: Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Revalesciere Chocolatée in Pulver für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr., 288 Tassen 9 Thlr. 15 Sgr., 576 Tassen 18 Thlr.; in Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.

Zu beziehen durch Barry du Barry u. Comp. in Berlin, 178 Friedrichstraße, und in allen Städten bei vielen guten Apothekern, Droguen-, Specerei- und Delicatesenhandlern. In Karlsruhe bei Th. Brugier. Großherzog,lichem Hoflieferanten Louis Dörle, u. Paul Mayer-Donaueschingen: Franz Verst, Raftatt: A. Fischer, früher A. Sallinger-Hendt, Offenburg: Franz Dimmler, Constanz: Fr. Schiltknecht, Worms: F. S. Meyer, Ludwigshafen: Wihl. Nielius, Durlheim: Jean Hammel, Schopshelm: Johann Reinacher, Bilingen: Lucas Eisele, Durlach: Ludwig Reifner und Apotheker Ed. Luschta, Tauberbischofsheim: Leopold Frank, Ueberlingen: F. F. Blattau, Rehl: Karl Schick, Freiburg i. Br.: Wilhelm Rost, vormalig E. Sidenberger, Droguist am Schwabenthor, Ch. Th. Heisinger, Salzstraße Nr. 7, Pforzheim: Wilhelm Salzer, Zweibrücken: Ww. August Seel, Baden-Baden: W. Vilhars, großh. Hofapotheker, F. S. Schlund, Mannheim: Louis Goss, Vit. S. 2. Nr. 20, Heiligenberg: C. Leibinger, Heidelberg: C. W. Rom, Franz Popp, Speyer: F. C. Eberhardt und nach allen Gegenden gegen Postanweisung.

Rastatt.
Todesanzeige.
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau **Elisabeth Fabrizki**, geb. Lienhardt, in ein besseres Jenseits am 18. November, Morgens halb 7 Uhr, zu sich zu rufen. Friede ihrer Asche.
 Der trauernde Gatte:
Sig. Fabrizki.
 Rastatt, den 21. Nov. 1873.

Versteigerungsankündigung
 Die zur Verlassenschaftsmasse des Herrn Pfarrer **Chrlch** gehörigen Fahrnisse werden an den nachfolgenden Tagen im Pfarrhause zu Hattingen öffentlich versteigert.
 Es kommen zur Versteigerung:
 Donnerstag, den 27. ds. Mts., verschiedenes Schreinwerk, Kleider, die Bibliothek und verschiedenes Hausgeräthe.
 Freitag, den 28. ds. Mts.: Werkzeug und Getüch.
 Die Versteigerung beginnt jeweils Morgens 9 Uhr.
 Buchen, den 20. November 1873.
 Der großh. Notar.
J. Serger.

Der Abbruch der alten Kirche in Graben wird hiemit im Soumissionzwege öffentlich ausgeschrieben und es werden demgemäß alle zur Uebernahme lufttragenden Bauhandwerker aufgefördert, bis längstens zum 29. November l. J. ihre Angebote bei der unterzeichneten Stelle einzureichen, und zwar in der Weise, daß die Abbruchkosten und der Preis, der für die alten Materialien geboten wird, getrennt angeführt sind. Die Gemeinde ist frohndpflichtig und hat deshalb zum Zusammenbringen, zur Aufsichtung der Materialien, sowie zum Wegführen des nicht wieder brauchbaren Schuttes und der Bereinigung des Platzes die nöthige Beihilfe zu leisten.
 Karlsruhe, den 18. November 1873.
 Großh. Bau-Inspection.
J. E. Serger.

In der Expedition dieses Blattes sind zu haben:
Sonntagskalender. 9 kr.
Marienkalender. 12 kr.
Kalender für Zeit & Ewigkeit von Alban Stolz. 9 kr.

Verlag von Franz Kirchheim in Mainz.
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, in Freiburg durch die Literarische Anstalt:
Lamarmora's Etwas mehr Licht
 Enthüllungen über politischen und militärischen Ereignisse des Jahres 1866. Autorisirte Uebersetzung. **Zweite Auflage.** gr. 8°. 344 Seiten.
 Preis fl. 2 20 kr. Unter Kreuzband franco fl. 2. 21 kr.

Prämiirt auf der Weltausstellung in Wien 1873
 mit der Verdienst-Medaille für kirchliche Kunst.
Geck & Vittali in Offenburg,
 Mouffelin-Glasfabrik, Glasmalerei und Glasschleiferei
 empfehlen sich zur Anfertigung von Kirchenfenstern, sowohl verbleiten Fenstern von blankem Glas als mit einfachen und reichen Teppichmustern. Fenster mit gemalten Figuren und reicher Ornamentik.
 Große Auswahl von Skizzen stehen zu Diensten. 6.5

Bestellungen u. Reparaturen schnell u. pünktlich.
 Langestraße 63. 63.
 Ueber Zweitausend der modernsten
Wolz-Garnituren
 in allen nur gebenden Holzorten liegen fertig auf Lager.
 Um einen recht schnellen Verkauf zu erzielen, werden dieselben zu auffallend billigen Preisen abgegeben.
 Holz-Besatz in allen nur wünschenden Sorten in Vorrath.
 Achtungsvoll
C. A. Zeumer, Kürschner,
 63 Langestraße 63
 dem Polytechnikum gegenüber.
 63. 3 Langestraße 63.
Feste Preise.

Fußboden-Tapeten.
 Vollständiger Ersatz für Wachstaffet, Drei Viertel billiger als Wachstaffet, Doppelt so dauerhaft wie Wachstaffet.
 Dient zur Bekleidung der Fußböden für Salon und Zimmer in Privat-, Bade-, Gast- und Gartenhäuser in allen Parquet-Desfins. Ebenso zur Trockenlegung feuchter Wände und zur Belegung von Tischen etc., in allen Holzimitationen. Muster auf Verlangen.
 Die Niederlage von
E. SOXHLET, Wien,
 II. Nothe Sternstraße 20. 6.5.

Lehrling, ein, welcher die Schloßerei zu erlernen wünscht, findet eine Stelle Schwabenstraße 14.
 Für **Brust- und Hustenleidende** ist Mayer'scher weißer Brust-Syrup das beste und billigste Heilmittel. Steht echt vorrätig bei: **Th. Brugier** in Karlsruhe, Badstraße 10. **J. Adrian** in Freiburg. **Eug. Walter** in Schönwald. **Wilh. Mutterer** in Kropfingen. **G. A. Herbst** in Breisach. **Gebr. Kern** in Furtwangen. **Th. Weber** in Ettenheim. 12

Eine Partie Zeitungspapier ist bei der Expedition des Bad. Beobachters zu verkaufen.
 Ein schön möblirtes, sehr geräumiges Zimmer im zweiten Stock gegen die Straße gelegen, ist auf 1. December zu vermieten. Näheres bei der Expedition d. Bl.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.
 Sonntag 23. Nov. keine Vorstellung.
 Dienstag 25. Nov. Viertes Quartal. Außer Abonnement. Zum Vortheil der Pensionsanstalt der großh. Hofbühne. Neu einführt: **Johann von Paris.** Komische Oper in 2 Akten von Boildieu. Tanz-Divertissement. Anfang halb 7 Uhr.

Eheschließungen.
 19. Nov. Stephan Glos von Laband, Fabrikarbeiter, mit Amalie Maier von Stuppserich.

Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873
 anfangend:
 Abgang von Karlsruhe.
 Nach Rastatt, Baden, Freiburg etc.:
 1.10*. 6.45. 7.35*. 10.45. 11.40*. 1.45
 2.30*. 5. 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).
 Nach Bruchsal und Heidelberg etc.:
 7.10. 9.30. 11.12*. 12.40. 1.40*. 4.55.
 3.25*. 8.40. 2.40*.
 Nach Pforzheim (Mühlacker):
 7.50. 10. 1.20*. 1.45. 5.5. 7.45. 11.50*.
 Von Pforzheim nach Karlsruhe:
 5.25. 6.40. 6.29*. 9.42. 12.23. 1.29*
 4.48. 9.10.
 Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
 6.10. 9.30. 2. 7.15.
 Von Mannheim nach Karlsruhe:
 5.50. 10.35. 2.30. 6.45.
 Nach Mainz:
 6.35. 8.15. 10.45. 2.30. 6.5.
 * Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 21. November.

Staatspapiere.	pr. comptant.	Rußland 5% Obligationen v. 1872	94 1/2 b	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	84 1/4 b	Finnländer 10-Thlr.-Loose	9 1/2 b
Preußen 4 1/2% Consol. Oblig.	104 1/2 a	Belgien 4 1/2% Obligationen	100 1/2 a	5% do. do.	48 1/2 b	Reiniger 7-fl.-Loose	— b
4 1/2% do.	98 1/2 a	Schweden 4 1/2% Oblig. in Thaler	96 1/2 a	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	83 1/2 b	Wechsel-Cours.	
4% do.	102 1/2 b	Schweiz 4 1/2% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	— b	5% do. do. 2. Emiff.	— b	Amsterdam l. S.	99 1/2 b
Baden 5% Obligationen	99 1/2 a	4 1/2% Berner Obligationen	97 1/2 b	5% Böhmisches Westbahn, 1863, 300 fl.	83 1/2 a	Kugsburg	100 b
4 1/2% do.	93 1/2 b	N.-Amerika 6% Bonds 1882 v. 1862	— b	3% Oesterr. Staatsb. (1.-8. Em.) 28kr.	60 1/2 a	Berlin	104 1/2 b
4% do.	90 1/2 a	6% " 1885 v. 1865	99 1/4 a	5% Hessische Ludwigsbahn	103 b	Bremen	105 1/2 b
3 1/2% do. v. 1849	90 1/2 a	5% " 1904 v. 1864	96 1/2 a	5% Pfälzische Ludwigsb. (Verbach.)	102 1/2 b	Brüssel	93 1/2 b
Bayern 4 1/2% Obl. 1856 3% 1. jährl.	106 1/2 a	5% " 1904 v. 1864	14 1/2 b	6% Central Pacific, rüd. 1898	75 1/2 a	Hamburg	105 1/2 b
4 1/2% do. (Bis 1. jährl.)	100 1/2 a	Spanien 3% neue Schuld von 1869	— b	6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	60 b	Leipzig	105 b
4% do. 1. jährl.	— b	Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 fr.	— b	6% Südl. Pac. Riff. r. 1888 v. 1869	48 b	London	119 b
Württemberg 5% Obligationen	104 b	do. leere.	— b	Anlehens-Loose.		Mailand	— b
4 1/2% do.	100 b	Aktien und Prioritäten.		Bayerische 4% Prämien-Anleihe	111 1/2 b	Paris	93 1/2 b
4% do.	94 b	Badische Bank, 200 Thaler	110 1/2 b	4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	109 1/2 a	Wien	102 1/2 b
Mann 4 1/2% Obligationen	96 1/2 a	3% Frankfurter Bank, fl. 500	147 1/2 a	Badische 35-fl.-Loose	67 1/2 b	Gold und Silber.	
3% do.	91 1/2 a	4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	377 b	Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	21 b	Br. Friedrichs'or	fl. 9.58-59
Sachsen 5% do.	105 b	3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6kr.	995 b	Gr. Hessische 50 fl.-Loose	— b	Pistolen	9.42-44
Bohmen 5% do.	— b	5% do. Creditactien, fl. 160	227 1/2 b	25-fl.-Loose	— b	Holländ. 10-fl.-St.	9.52-54
Gr. Hessen 5% do.	99 1/2 a	Stuttgarter Bank	93 b	Kurhessische 40-Thaler-Loose	70 1/2 a	Ducaten	5.34-36
4% do.	— b	5% Elisabethbahn, fl. 200	224 1/2 a	Ansbach-Gunzenhausen 7-fl.-Loose	13 1/2 a	20-Frankenstücke	9.22-23
Oesterr. 5% Silberrente B. 4 1/2% do.	64 1/2 a	5% Ludolphsbahn, fl. 200	164 b	Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1864	85 1/2 a	Engl. Sovereigns	11.54-56
4% Papierrente B. 4 1/2% do.	60 a	4% Ludwigsbahn-Verbacher-G. fl. 500	185 1/2 a	5% 500 do. do. 1860	90 1/2 b	Russ. Imperiales	9.42-44
5% Ung.-C.-B.-Anl. 1868	69 1/2 a	4% Bayerische Ostbahn, fl. 200	148 b	100-fl.-Loose do. 1864	143 1/2 a	Dollars in Gold	2.26-27
Rußland 5% Oblig. v. 1871	95 b	5% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	148 b	Schwedische 10-Thaler-Loose	— b		

Druck und Verlag von **J. Schweiß**, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.